

# Bundesrat will bald verhandeln

## Regierung gibt Startschuss für ein Verhandlungsmandat mit der EU.

**André Bissegger, Stefan Bühler,  
Remo Hess, Brüssel**

Bei seinem Besuch in Bern vor zwei Wochen hat EU-Kommissar Maroš Šefčovič klargemacht, wie er im bilateralen Dossier weitermachen möchte: Die Sondierungsgespräche rasch abschliessen, ein neues Verhandlungsmandat festzurufen und den Sack bis zum Sommer 2024 zumachen. Denn die Zeit drängt: Im Herbst 2024 tritt eine neue EU-Kommission an. Dann werden die Karten in Brüssel neu gemischt und eine Einigung mit der Schweiz rückt in weite Ferne.

Gestern hat sich der Schweizer Bundesrat nun zu dieser durchaus ambitionierten Agenda positioniert. Fazit: Er lässt sich zumindest teilweise auf den EU-Plan ein. Grundlage ist die «positive Dynamik», welche auf allen Ebenen der Gespräche mit der EU festzustellen sei, so der Bundesrat in einer Medienmitteilung. Bis Ende Juni sollen deshalb die «Eckwerte eines Verhandlungsmandats» erarbeitet werden. Gleichzeitig soll Staatssekretärin Livia Leu in Brüssel die Sondierungsgespräche zu

Ende bringen. Grundlage bleibt der sogenannte Paketansatz, der neben institutionellen Lösungen auch neue bilaterale Abkommen im Bereich Strom, Lebensmittelsicherheit und Gesundheit vorsieht.

### **Lohnschutz: «Ergänzende Massnahmen» im Inland**

Bemerkenswert ist auch, dass der Bundesrat das aktuelle Schutzniveau auf dem Arbeitsmarkt mit «ergänzenden Massnahmen» im Inland absichern will. Im Klartext heisst das: Der Lohnschutz soll im Inland selbstständig verschärft werden, womöglich um andernorts Kompromisse einzugehen.

Die Reaktion der EU-Kommission fällt jedenfalls erfreut aus: «Wir begrüssen, dass sich das positive Momentum zur Modernisierung der Beziehungen fortsetzt». Das zeige sich nicht nur am aktuellen Entscheid des Bundesrates, sondern auch in der Positionierung der Kantone von vergangener Woche und dem Bern-Besuch von Šefčovič, den Brüssel offensichtlich als Erfolg verbucht. Eine Einigung werde dazu beitragen, das «volle Potenzial der

Zusammenarbeit» aususchöpfen.

In der Schweiz reagierte die SP erfreut: «Dass es in der Europapolitik seitens des Bundesrats endlich eine positive Dynamik gibt, lässt hoffen», so Nationalrat Fabian Molina. Für seinen SP-Kollegen Eric Nussbaumer wäre es wichtig, dass die Schweiz bald wieder an den Forschungsprogrammen mitmachen kann. Das würde die Dynamik im Inland nochmals verstärken.

Misstrauisch bleiben die Gewerkschaften: Die EU-Kommission habe bisher öffentlich keine Zugeständnisse beim Lohnschutz gemacht, so der Dachverband «Travail.Suisse». Ohne Zusicherungen mache es keinen Sinn, über konkrete Massnahmen zu diskutieren, so Präsident Adrian Wüthrich. Und für SVP-Nationalrat Franz Grütter ändert sich rein gar nichts. Das Grundproblem der dynamischen Rechtsübernahme und der Rolle des Europäischen Gerichtshof bleibe unverändert. Grütter: «Die Schweiz gibt in wichtigen sozial- und wirtschaftspolitischen Fragen das Zepter ab. Der Widerstand dagegen bleibt.»